

Herrn Gesundheitsminister
Jens Spahn
- Bundesministerium für Gesundheit -
Friedrichstraße 108
10117 BERLIN

Betrifft: Auswirkungen der Gesetzesänderungen auf psychotherapeutische Praxen

Sehr geehrter Herr Bundesgesundheitsminister Spahn!

Ich schreibe Ihnen als Teil des Kollegennetzwerkes Psychotherapie, einer Netzwerkgruppe mit berufspolitischer Diskussionsplattform mit ca. 9.000 Mitgliedern, was ungefähr 30 % aller niedergelassenen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten entspricht. Das Netzwerk hat sich innerhalb eines Jahres in Reaktion auf das eHealth-Gesetz gebildet und wächst weiter.

Die schon in Kraft getretenen (eHealth-Gesetz) und geplanten (Terminservice- und Versorgungsgesetz TSVG) Reformen im Gesundheitswesen werden erhebliche Auswirkungen auf meine psychotherapeutische Tätigkeit haben.

Wir Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen haben uns im Laufe der Jahre eine wichtige Funktion im Gesundheitssystem hart erarbeitet. Unser Ansehen in der Bevölkerung ist hoch, unsere Praxen sind voll. Für viele Menschen in unserer in etlichen Bereichen seelenlos gewordenen Gesellschaft (auch in der Medizin!) ist der Weg in die Psychotherapie ein Ausweg aus Hilflosigkeit, Ohnmacht und

Verzweiflung. Dabei fallen die Kosten für Psychotherapie im Gesamtbudget des Gesundheitswesens mit gerade einmal 0,4 % äußerst gering aus.

In der Psychotherapie erfahren die Menschen Mitgefühl, menschliche Zuwendung, emotionale Unterstützung und Verständnis - die Grundlage dafür, wieder zu sich selbst zu finden, neue Kraft zu schöpfen und Lösungen zu entwickeln. Dieser Prozeß setzt Vertrauen voraus, das erst einmal aufgebaut wird. U.a. deshalb brauchen Psychotherapien Zeit und dauern lang. Wir haben, mittlerweile als nahezu einzige Berufsgruppe im Gesundheitswesen, noch Zeit für unser Klientel und bieten eine verlässliche, langfristige Beziehung an. Wir sind unabhängig von den Zwängen, denen unser Klientel oft unterworfen ist, und können deshalb neutral beraten.

Die jetzigen Reformen gefährden genau diese für Heilung notwendigen Bedingungen in unerhörter Weise. Der nur schleppend in die Umsetzung kommende Aufbau der Telematik-Infrastruktur kostet uns Zeit, Nerven und die Versichertengemeinschaft Milliarden. Der Gewinn für unsere Kerntätigkeit ist gleich Null. Im Gegenteil, wird die für unsere Tätigkeit so zentrale Schweigepflicht ausgehöhlt mit unwägbareren Risiken für die Zukunft. Auch die jetzt gewährte erneute Fristverlängerung für die Anbindung um ein weiteres halbes Jahr macht in der Sache selbst nichts besser.

Die im Service- und Versorgungsgesetz geplante Ausweitung von Sprechstunden auch auf psychotherapeutische Praxen bringt weitere Engpässe, verlässliche therapeutische Beziehungen aufzubauen. Die Wartezeiten auf Langzeittherapieplätze werden sich noch weiter ausdehnen.

Statt das Naheliegende zu tun, nämlich flächendeckend personell gut ausgestattete Akuteinrichtungen zu schaffen, die in guter Weise mit den ambulanten Behandlungen vernetzt sein sollten, werden alle Niedergelassenen mit Anforderungen überzogen, die sie nicht oder nur unzureichend erfüllen können.

Damit wird in der gesamten Berufsgruppe Unmut geschaffen und Widerstand aufgebaut. Das kennen wir bestens aus therapeutischen Prozessen: Gegen Widerstand lässt sich keine konstruktive Therapie entwickeln.

Wenn Sie als Gesundheitsminister ein guter Therapeut für unser krankes Gesund-

heitswesen sein wollen, sollten Sie die Zustimmung der Beteiligten für Ihre Vorhaben gewinnen. Das bedeutet, die Beteiligten mit ins Boot zu nehmen, nach ihren eigenen Vorschlägen zu fragen und ihre fundierten Erfahrungen zu nutzen. Ihre Äußerungen bei der Anhörung zum geplanten Gesetz im Bundestag haben gezeigt, dass sie die Perspektive der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in keiner Weise kennen, sondern unzutreffende Vermutungen kritiklos übernehmen, z.B., dass überwiegend vermeintlich "leichtere" Fälle psychotherapeutisch behandelt werden.

Wir sind in der Mehrheit sehr lebens- und berufserfahren, haben lange, teure Aus- und Weiterbildungen durchlaufen und kennen unsere Möglichkeiten und Grenzen in der Berufsausübung ziemlich genau.

Mit einer diktatorischen Vorgehensweise erreichen Sie uns Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ganz sicher nicht. Unsere Arbeit zielt darauf ab, den Menschen ihre Eigenverantwortlichkeit und Selbständigkeit bewußt zu machen und diese hilfreich, auch zum Gemeinwohl, einzusetzen. Wenn uns selbst diese Eigenverantwortlichkeit in unserem beruflichen Tun nun durch Setzungen durch den Gesetzgeber genommen wird, können Sie mit erheblichem Protest rechnen.

Deshalb fordere ich Sie auf, die derzeitigen Gesetzesvorhaben noch einmal gründlich zu überdenken und die Psychotherapeutenschaft in die künftige Gestaltung aktiv mit einzubeziehen.

Gerade unsere sich im raschen Wandel befindliche Gesellschaft braucht Elemente, die Bewährtes und Ruhe bewahren, die Stabilität vermitteln und im Strudel ständiger Neuerungen Halt und Zuversicht bieten.

"Wer die Hoffnungsfähigkeit in den Psychotherapeuten zerstört, zerstört humanitäre Substanz, die er für den Zusammenhalt dieser Gesellschaft dringend benötigt."

(Dipl.-Psych. Adelheid Blome, Psychologische Psychotherapeutin)

Mit freundlichen Grüßen